Die jüngsten Meldungen über die gesamtwirtschaftliche und fiskalische Entwicklung Griechenlands klingen auffällig positiv. Vergleichbar dem „Phoenix aus der Asche“ wird das Ende der brutalen Talfahrt der griechischen Wirtschaft beschworen. Sollten sich die Kritiker der Schrumpfpolitik als Gegenleistung für Finanzhilfen zur Abwicklung des Schuldendienstes geirrt haben? Von **Rudolf Hickel**.

Anfang letzter Woche verbreitete der Hedgefonds des Milliardärs John Paulson die Entscheidung, auf den Aufschwung jetzt zu wetten – zumindest auf den Aufschwung der griechischen Banken. Auch zur Gesamtwirtschaft werden positive Botschaften verbreitet. So wird erstmals mit dem geringsten Minuswachstum seit dem Ausbruch der tiefen Rezession 2008 gerechnet. Statt um 4,2% soll das um die Inflation bereinigte Bruttoinlandsprodukt nach Angaben der griechischen Regierung nur noch um 3,8% sinken. Nach dem Konjunkturmuster wettbewerbsfähiger Volkswirtschaften ist vom Aufstieg aus der Talsohle die Rede. Das arbeitgeberbestimmte „Institut der deutschen Wirtschaft“ sieht ebenfalls „Licht am Ende des Tunnels“. Erfolgsmeldungen kommen auch zum öffentlichen Haushalt. Am Ende der ersten sieben Monate dieses Jahres weist Griechenland einen Überschuss beim Primärsaldo aus. Aus der Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben ohne Zinsbelastungen ist ein Überschuss mit 2,6 Mrd. € erzielt worden.

Sollten sich die Kritiker der Schrumpfpolitik als Gegenleistung für Finanzhilfen zur Abwicklung des Schuldendienstes geirrt haben? Ein Blick auf die Fakten zeigt, keineswegs. Die Aufschwungoptimisten haben die Ursachen sowie vor allem den Kernprozess dieser tiefgreifenden Rezession auf der Basis einer Strukturkrise immer noch nicht begriffen. Die Abwärtsspirale aus der Kombination Finanzhilfen aus den Rettungsfonds um den Preis massiver Kürzungen im Staatshaushalt zusammen mit der Erhöhung von Massensteuern ist längst noch nicht durchbrochen. Während durch die Finanzhilfen aus dem Rettungsfonds zur Auszahlung auslaufender Staatsanleihen kein Euro in den Aufbau und die Stärkung der griechischen Wirtschaft fließt, führt die „Gegenleistung“ Austeritätspolitik zum Absturz der binnenwirtschaftlichen Nachfrage. In sechs Jahren der Rezession ist die Wirtschaft um mehr als 17 % geschrumpft. Die Kaufkraft der griechischen Bevölkerung bewegt sich auf dem Niveau von vor 14 Jahren. Brutal zeigt sich die Systemkrise in der hohen Arbeitslosigkeit, die in den verbreiteten Pseudoerfolgsmeldungen nicht vorkommt. Sie liegt derzeit bei über 28%. Jugendliche haben mit einer Arbeitslosenquote von knapp 65 % keine berufliche Perspektive. Die dadurch erzeugte Abwanderung ins Ausland dezimiert vor allem die qualifizierten Arbeitskräfte, die zum Wiederaufbau der griechischen Wirtschaft gebraucht werden.

Kernproblem bleibt, dass die negativ durchschlagende Wirkung der Austeritätspolitik auf die Gesamtwirtschaft und die staatlichen Finanzen völlig unterschätzt werden. Nur der Internationale Währungsfonds hat nach seiner Unterschätzung der Abschwungkräfte zaghaft Selbstkritik geübt, allerdings keinen Ausstieg aus der Schrumpfpolitik empfohlen. Der Minusmultitplikator, der das Vielfache des Absturzes der Wirtschaft in Folge von Einsparungen und Steuererhöhungen beschreibt, ist deutlich unterschätzt worden. Während der IWF von 0,5% ausging, ist gegenüber dem Megavolumen der Schrumpfpolitik in Griechenland mit einem fast vierfachen Verlust der gesamtwirtschaftlichen Produktion zu rechnen. Auch die EU-Kommission hatte sich im Frühjahr 2011 mit der Prognose einer Wachstumsrate von Null Prozent in 2012 blamiert. Faktisch lag der Rückgang der Wertschöpfung bei 6%. Der auf kleinste Zuwächse konzentrierte Aufschwungoptimismus lässt sich auch durch einfache Mathematik entzaubern. Vom Tiefpunkt der ökonomischen Wertschöpfung führen bereits kleinste absolute Zuwächse der Produktion zu hohen Wachstumsraten.

Die Motive für die Aufschwungrethorik liegen auf der Hand. Die unvermeidbare dritte Runde an Finanzhilfen aus dem Rettungsfonds soll mit derartigen Erfolgsmeldungen torpediert werden. Die Hedgefonds, denen die gesamtwirtschaftliche Lage gleichgültig ist, wetten dagegen auf Profite aus Anteilen an griechischen Banken, die zuvor mit öffentlichen Kapitalhilfen gerettet worden sind. Zugleich erhöhen die Kapitalsammler den Druck auf die griechische Regierung, die Privatisierung des Bankensektors voranzutreiben.

Also, Griechenland konjunkturell zu vermessen, ist gefährlich dumm. Es geht um eine tiefgreifende Strukturkrise im Bereich der Binnen- und Außenwirtschaft. Aus der durch die Austeritätspolitik erzeugten Asche kann ein Phönix nicht emporsteigen. Vielmehr sind folgende Maßnahmen notwendig: **Erstens** ist ein drittes Finanzierungsprogramms für den Schuldendienst erforderlich, denn Griechenland hat noch lange keinen Zugang zu den Kapitalmärkten. Allerdings könnte ein erneuter Schuldenschnitt schnell Entlastung bringen. **Zweitens** muss zur Vermeidung der dadurch erzeugten gesamtwirtschaftlichen Verluste auf die „Gegenleistung“ Austeritätspolitik endlich verzichtet werden. Finanzmittel müssen in den Aufbau Griechenlands gelenkt werden. **Drittens** stellt sich dabei die nicht einfache Aufgabe, wettbewerbsfähige Wirtschaftsstrukturen auch durch den Aufbau mittelständischer Unternehmen auch in der Exportwirtschaft zu entfalten. **Viertens** ist eine grundlegende Verwaltungsreform, insgesamt das Ziel „good gouvernance“ ein Beitrag, den vorrangig Griechenland zu erbringen hat.

Siehe dazu auch die Anmerkung zu den ökonomischen Daten bei Niels Kadritzke „Wie die griechische Linke die Krise überwinden will“
Zum Grundsatzstreit zwischen der Eurozone und dem IWF siehe schon „Eurozonen-Finanzminister lassen Griechen am Abgrund taumeln“
Siehe auch weitere Berichte und Analysen von Niels Kadritzke über Griechenland und die europäische Austeritätspolitik